

FREIBERUFLER-TICKER vom 17. Dezember 2021

1. Neue BIBB-Ausbildungsstatistik zeigt erhebliche Zuwächse im Bereich der Freien Berufe

Am 15. Dezember 2021 [veröffentlichte](#) das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die Bilanz zum Ausbildungsmarkt mit Stichtag 30. September 2021. Die Ergebnisse zeigen, dass die Corona-Pandemie auch 2021 den Ausbildungsmarkt beeinträchtigte. Demnach stieg der Gesamtplatzangebot an Ausbildungsplätzen lediglich um 1,7 Prozent auf 536.200. Gleichzeitig ging auch die Zahl der Ausbildungsinteressierten um 0,9 Prozent auf 540.900 zurück. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stieg um 1,2 Prozent auf 473.100. Erfreulicherweise wurde bei den Freien Berufen das höchste Wachstum unter allen Wirtschaftsbereichen von 9,4 Prozent gemeldet, die Anzahl der neuen Ausbildungsverträge lag bei 47.181 (Diese Zahlen bilden den Stand zum 9. Dezember 2021 ab und weichen aufgrund regulärer Bereinigungseffekte leicht von den Zahlen des BFB ab.). Im Handwerk stieg die Anzahl der neu abgeschlossenen Verträge um drei Prozent, im Bereich Industrie und Handel wurde hingegen ein Minus von 1,1 Prozent verzeichnet. Überdies betrachtete das BIBB die Entwicklung in einigen stark besetzten Ausbildungsberufen. Darunter verzeichneten zwei Ausbildungsberufe in den Freien Berufen besonders große relative Zuwächse zum Vorjahr – Tiermedizinische(r) Fachangestellte(r) mit 23,5 Prozent und Medizinische(r) Fachangestellte(r) mit 14,1 Prozent. Auch absolut betrachtet finden sich zwei Ausbildungsberufe der Freien Berufe unter den Top-fünf-Ausbildungsberufen, die im Vergleich zum Vorjahr am stärksten zulegten: Medizinische(r) Fachangestellte(r) mit einem Plus von 2.200 und Zahnmedizinische(r) Fachangestellte(r) mit einem Plus von 900 Ausbildungsverträgen.

2. Arbeitsmarkt in der Krise – ein Vergleich zur Rezession infolge der Finanzkrise 2008/2009

In den vergangenen 15 Jahren erlebte Deutschland zwei schwere Rezessionen – infolge der Finanzkrise 2008/2009 und jetzt infolge der COVID-19-Pandemie. Der Arbeitsmarkt reagierte beide Male vergleichsweise robust. Trotz eines ähnlich starken Einbruchs des Bruttoinlandsprodukts unterscheidet sich die Reaktion auf dem Arbeitsmarkt in beiden Krisen deutlich. Das zeigt eine am 14. Dezember 2021 veröffentlichte [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Während etwa ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Selbstständige in der Rezession infolge der Finanzkrise 2008/2009 eine stabile Entwicklung aufwiesen, sank ihre Zahl während der Corona-Krise bisher deutlich. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank in der Corona-Krise zwar schneller und stärker, allerdings erholte sie sich auch rascher und kräftiger. Das Instrument der Kurzarbeit hat sich bewährt, mit einem besonders großen Stabilisierungsbeitrag in der Corona-Krise: Während sich auf dem Höhepunkt der Finanzkrise 2009 über 1,4 Millionen Personen in konjunktureller Kurzarbeit befanden, waren es im Frühjahr 2020 rund sechs Millionen.



DB
bahn.business

**3%
Sofort-
rabatt**

Klimaneutrale Geschäftsreisen.

Mit 100% Ökostrom.*

Jetzt anmelden

3. Wissenschaftliche Kommission der KMK verabschiedet Arbeitsprogramm

Wie die Kultusministerkonferenz (KMK) Ende vergangener Woche [mitteilte](#), verabschiedete die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) ihr erstes [Arbeitsprogramm](#) für das Jahr 2022. Darin werden als zwei Schwerpunkte Grundschule und Digitalisierung festgesetzt. Künftig gilt das Arbeitsprogramm jeweils für zwei Jahre. Themenvorschläge können sowohl aus der SWK als auch aus der KMK kommen. In diesem Jahr legte die SWK bereits zwei Stellungnahmen mit Empfehlungen zur Umsetzung des Aktionsprogramms des Bundes „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ und zur „Weiterentwicklung der KMK-Strategie ‚Bildung in der digitalen Welt‘“ vor.

4. Überdurchschnittlich viele Studienberechtigte nahmen 2020 ein Studium auf

Wie das Statistische Bundesamt am 15. Dezember 2021 [mitteilte](#), starteten überdurchschnittlich viele junge Menschen, die 2020 ihre Hochschulzugangsberechtigung erwarben, im selben Jahr auch das Studium. So betrug die Übergangsquote von der Schule zur Hochschule knapp 48 Prozent, ein Plus von fünf Prozent zum Vorjahr. Seitdem im Jahr 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt wurde, fällt die Übergangsquote bei den männlichen Schulabsolventen deutlich höher aus als bei den weiblichen. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass sich Frauen häufiger als Männer vor dem Studienbeginn sozial engagieren, eine Zeit im Ausland verbringen oder ein Praktikum absolvieren. Im Jahr 2019 begannen 53 Prozent der Schulabsolventen und 45 Prozent der Schulabsolventinnen mit Hochschulzugangsberechtigung noch im selben Jahr ein Studium.

5. 2020 weniger Insolvenzen als erwartet

Im Zuge der Corona-Krise und des damit einhergehenden Konjunkturerinbruchs meldeten 2020 weniger Unternehmen Insolvenz an als erwartet. Zu diesem Ergebnis kommt das ifo Institut laut einer [Mitteilung](#) vom Ende vergangener Woche in einer Kurzexpertise für das Bundesministerium der Finanzen. Laut der Kurzexpertise senkten die staatlichen Hilfsmaßnahmen das Insolvenzrisiko im Schnitt um knapp 25 Prozent. Der größte Effekt geht laut der Autoren von den staatlichen Zuschüssen für Unternehmen aus, die 2020 im Rahmen der Corona-Hilfen im Umfang von über 40 Milliarden Euro ausgezahlt wurden. Diese hätten den Gewinneinbruch bei den Unternehmen unmittelbar reduziert. Durch das Kurzarbeitergeld und einen stärkeren Rückgang der Zahl der geringfügig Beschäftigten hätten Unternehmen außerdem weniger Personalkosten gehabt. Schließlich hätten auch die steuerlichen Liquiditätshilfen das Insolvenzrisiko reduziert.

6. Fast drei Viertel sehen KI als Chance

Künstliche Intelligenz (KI) wird in der Bevölkerung zunehmend positiv gesehen. Wie aus einer [Mitteilung](#) des Digitalverbands Bitkom vom Ende vergangener Woche hervorgeht, geben fast drei Viertel (72 Prozent) der Bundesbürger an, dass sie KI ausschließlich (27 Prozent) oder eher (45 Prozent) als Chance sehen. Vor einem Jahr lag der Anteil noch bei 68 Prozent. 13 Prozent sehen in KI derzeit eher eine Gefahr, zwölf Prozent sogar ausschließlich. Die Mehrheit weiß nach eigenem Dafürhalten gut über KI Bescheid. 52 Prozent geben an, gut erklären zu können, was man unter KI versteht, oder sehen sich sogar als Experte. Ein Viertel (27 Prozent) weiß in etwa, was KI bedeutet. Nur 15 Prozent wissen nicht genau, was KI ist, und fünf Prozent haben davon noch nicht gehört. In fast allen Lebensbereichen wünscht sich eine Mehrheit den Einsatz von Anwendungen, die auf KI basieren. Ganz oben stehen mit jeweils rund drei Viertel Zustimmung der Einsatz von KI zur Unterstützung älterer Menschen (77 Prozent) – zum Beispiel um den Gesundheitszustand zu überwachen –, bei der persönlichen Weiterbildung (76 Prozent) – etwa beim Sprachenlernen – und als Unterstützung für den Arzt (73 Prozent) – zum Beispiel um die

bestmögliche Diagnose und Therapie zu finden. Jeweils sieben von zehn befürworten eine KI-Nutzung in Ämtern und Behörden (71 Prozent) – etwa um Anträge schneller bearbeiten zu können – und bei der Polizei (69 Prozent) – zum Beispiel um mit Videokameras Gefahrensituationen automatisch erkennen oder Orte mit hoher Verbrechenswahrscheinlichkeit identifizieren zu können. Sechs von zehn wünschen sich KI für politische Entscheidungen (60 Prozent), etwa um die Folgen von Gesetzen besser abschätzen zu können. Mehr als ein Viertel (28 Prozent) meint, dass KI bereits heute die Gesellschaft spürbar verändert hat.

7. 42 Prozent der Unternehmen nutzten Cloud Computing

Das [teilte](#) das statistische Amt der Europäischen Union (EU) Ende vergangener Woche mit. Dies ist ein Anstieg von sechs Prozentpunkten seit 2020 (36 Prozent) und mehr als doppelt so hoch wie der Anteil von 2016 (19 Prozent). Cloud Computing wird in den nordischen Mitgliedstaaten am häufigsten verwendet. Obwohl der Anteil der Unternehmen mit Internetzugang in den EU-Mitgliedstaaten ähnlich hoch war, variierte die Nutzung von Cloud Computing erheblich, wobei die höchsten Anteile in Schweden und Finnland (beide 75 Prozent) sowie den Niederlanden und Dänemark (beide 65 Prozent) gemeldet wurden. Am anderen Ende der Skala werden Cloud-Computing-Dienste von weniger als einem von fünf Unternehmen genutzt, in Bulgarien (13 Prozent) und Rumänien (14 Prozent). Der Anteil in Deutschland beträgt 42 Prozent, was dem EU-Durchschnitt entspricht.

8. Mittelabfluss aus Förderprogramm „EXIST-Forschungstransfer“

Daraus flossen 2020 Mittel in Höhe von 50,44 Millionen Euro ab. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung ([20/209](#)) auf eine Kleine Anfrage hervor, über die der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche berichtete. 2019 lag der Mittelabfluss der Antwort zufolge bei 33,19 Millionen Euro, 2018 bei 28,67 Millionen Euro.



Das BFB-Team wünscht allen Leserinnen und Lesern des BFB-Freiberufler-Tickers schöne Feiertage und meldet sich bei ausreichend reichhaltiger Nachrichtenlage am 7. Januar 2022 mit der nächsten Ausgabe.